

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

21.1.1928 (No. 18)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur: E. A. M. u. d. Karlsruhe

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14
Telefon: Nr. 953 und 954
Postkonten: Karlsruhe Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Erscheinen der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipale Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in demen unserer Lieferanten, hat der Subskribent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antizipale Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Zur innerpolitischen Lage

Die letzte Woche war reich an bedeutenden Ereignissen auf dem Gebiet der inneren Politik. Reichswehrminister Gessler, der beinahe 7 Jahre lang das Reichswehrministerium geleitet hat, ist aus seinem Amte geschieden, und General Gröner ist — entgegen den Wünschen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei — vom Reichspräsidenten, auf Vorschlag des Reichskanzlers zum Reichswehrminister ernannt worden. Herr Gröner hat im ganzen keine schlechte Presse gefunden. Die deutschnationalen Zeitungen haben zwar ihre Bedenken nicht verschwiegen, aber im Hinblick darauf, daß Herr Gröner der Vertrauensmann des Reichspräsidenten ist, von einer eigentlichen Opposition abgesehen. Und die Presse der Deutschen Volkspartei hat sich ähnlich, wenn nicht noch entgegenkommender, verhalten.

Das, was Herr Gröner in den Augen der Deutschnationalen belastete, seine demokratische Grundeinstellung und sein Verhalten bei der Revolution, hat ihn bei den Parteien, die auf republikanischem Boden stehen, empfohlen. Auch in der sozialdemokratischen Presse hat seine Ernennung im ganzen ein recht erfreuliches Echo gefunden. Man hofft im Lager der republikanischen Parteien, daß Herr Gröner die Reichswehr zu einem in allen Teilen wirklich zuverlässigen Instrument in der Hand der Republik machen wird. Ganz allgemein ist die Erwartung, daß es Herrn Gröner gelingen möge, die Reichswehr aus dem Streit der parteipolitischen Strömungen herauszuheben.

Bei einer Betrachtung dieser Dinge muß man sich ganz klar darüber sein, daß es nicht die rechtsgerichteten Kreise sind, die an der Reichswehr im ganzen oder im einzelnen etwas auszusetzen haben, sondern daß es die übrigen Parteien sind, welche an der Reichswehr Kritik üben. Praktisch würde also eine Politik, die darauf eingestellt ist, die Reichswehr aus dem parteipolitischen Streit herauszunehmen, darin bestehen, daß man diese Beschwerden, soweit sie nur irgendwo begründet sind, sorgsam prüft und weiteren Anlaß zur Beschwerde ausschließt. Es müßte auf diesem Wege möglich sein, die Reichswehr wirklich populär zu machen, daß heißt, ihr auch das Vertrauen der republikanischen Volksgenossen zu verschaffen. Das wäre eine vaterländische Aufgabe ersten Ranges. Und derjenige Reichswehrminister, der diese Aufgabe löst, würde sich damit ein unabhängiges Verdienst erwerben.

Wie notwendig eine energische und scharf kontrollierende Verwaltung des Reichswehrministeriums ist, beweist am besten der Fall der Rhöbus-Film-A.-G. Man kann es jetzt durchaus begreifen, daß Herr Gessler noch vor der parlamentarischen Aufrollung dieser Angelegenheit zurückgetreten ist. Denn darüber sind sich wohl alle Kreise unseres Volkes einig, daß der Vorfall für das Reichswehrministerium und seinen verantwortlichen Leiter, darüber hinaus aber auch für das Ansehen unseres ganzen Vaterlandes überaus peinlich und beschämend ist. Die großen Verdienste, die sich Herr Gessler in früheren Jahren zusammen mit Herrn Seedt um die Organisation der jungen Reichswehr erworben hat, werden dadurch nicht geschmälert. Aber die Tatsachen des Falles Rhöbus-Film-A.-G. sind doch so geartet, daß sie noch nachträglich die oft sehr scharfe Kritik, welche von den republikanischen Parteien an der Amtstätigkeit des Herrn Gessler geübt wurde, rechtfertigen. Immer wieder gipfelte diese Kritik in der Behauptung, daß Herr Gessler zu gutgläubig sei und sich — um vollstimmlich zu reden — von seinen Offizieren an der Nase herumführen lasse.

Reichskanzler Dr. Marx hat das einzig Richtige getan, was er als Chef des Kabinetts tun konnte: er hat die Tatsachen ganz offen dem Reichstag mitgeteilt. Dabei konnte er feststellen, daß die getadelten Maßnahmen zum Teil einer Zeit angehören, für die die gegenwärtige Reichsregierung nicht die Verantwortung zu tragen hat. Der Reichskanzler hat weiter betont, daß die Reichsregierung die Vorgänge aufs schärfste mißbilligt und bereits die nötigen Maßnahmen getroffen hat, damit Wiederholungen vermieden werden. Auf Einzelheiten wird man später noch zu sprechen kommen.

Daß sich ein Mann, wie Gröner, der selber ein erfahrener, alter Offizier ist und über ein nicht geringes Maß von Energie verfügt, von seinen Offizieren genau unterrichten lassen und die einzelnen Abteilungen seines Ressorts streng beaufsichtigen wird, ist ohne weiteres anzunehmen. Die Wünsche aller Vaterlandsfreunde werden ihn bei seinen Bemühungen begleiten. Gängt doch

Letzte Nachrichten

Kritische Stimmung im Reichstag

M. Berlin, 21. Jan. (Priv.-Tel.) Zu Beginn der heutigen Reichstags-Sitzung kam es zu einem bemerkenswerten Zwischenfall. Der sozialdemokratische Abgeordnete Müller-Franken ergriff sofort das Wort zur Geschäftsordnung und verlas einen Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ über die Tagung des pommerischen Landtages, auf dem der Reichsinnenminister von Reubell erklärt haben soll, es sei für ihn wichtiger, bei den Landwirten zu sein, und ihnen die Größe der Reichsregierung zu übermitteln, als im Reichstag persönliche Angriffe anzuhören. Müller, der darin eine Verächtlichmachung des Parlaments erblickte, forderte den gerade eintretenden Reichskanzler auf, eine Klärung herbeizuführen. Dieser Vorgang bekam dadurch eine besondere Bedeutung, daß der Zentrumsführer Guérard am Eingang seiner Rede zum Etat sich diesem Verlangen anschloß. In den weiteren Ausführungen Guérards war bemerkenswert, daß er den Sozialdemokraten im Reich ihre lokale Opposition beschönigte. Im Gegensatz zu den Deutschnationalen und der Volkspartei, die in Preußen Obstruktion trieben. Die Rede brachte weiter scharfe Angriffe gegen Herrn von Reubell wegen seines Telegramms an die Studenten. Weiter forderte der Redner mehr politische Zurückhaltung von allen zuständigen Stellen, auch vom Reichspräsidenten.

Die gestrige Rede des völkereigenen Abgeordneten Gremer wird vielfach als eine Art Kündigung der Koalition angesehen, zumal bisher noch keine Abschwächung erfolgte. Der sozialdemokratische Staatsredner, Severing, sprach getrennt sehr gedämpft. Man erblickt darin die Möglichkeit der großen Koalition offen zu lassen.

Die Industriebelastung

M. Berlin, 21. Jan. (Priv.-Tel.) Nachdem nunmehr die Ergebnisse der Veranlagung zur Vermögenssteuer für 1927 vorliegen, sind von den zuständigen Reichsreferats die Verteilungsziffern für Aufbringung der Industriebelastung nach dem Dawesplan für die Jahre 1926 bis 1928 endgültig festgesetzt worden. In den ersten beiden Jahren waren nur Vorauszahlungen zu leisten. Man war in der Lage, den Verteilungsschlüssel niedriger zu bemessen und zwar für 1926 auf 3,5 vom Tausend statt 3,75 vom Tausend, für 1927 auf 7,1 vom Tausend statt 7,5 vom Tausend des aufbringungs-schuldigen Betriebsvermögens. Die zuviel bezahlten Beträge werden auf 1928 berechnet. Der Schlüssel für 1928 ist 8,5 pro Tausend. Der erste Teilbetrag ist am 5. März fällig.

Die Besatzungsbehörde gegen ein Madener Hotel

BRN. Maden, 21. Jan. (Tel.) Das belgische Oberkommando hat das Hotel „Der Jahreszeiten“ für die Zeit vom 20. Januar bis 6. Februar geschlossen, weil in letzter Zeit mehrmals in Anwesenheit belgischer Offiziere das Deutschlandlied angeblich in provozierender Weise gesungen wurde.

Auflösung des japanischen Landtages

BRN. Tokio, 21. Jan. (Tel.) Der Landtag ist aufgelöst worden.

der innerpolitische Friede und die Erzielung einer nationalen Geschlossenheit im Innern sehr wesentlich von der Frage ab, ob es endlich gelingen wird, unter Abstellung offenkundiger Mißstände ein wirkliches Vertrauensverhältnis zwischen der Reichswehr und den Massen des Volkes herzustellen.

Die verfloßene Woche hat ferner die Etatsrede des Reichsfinanzministers Dr. Köhler gebracht. In dieser Rede weist der Reichsfinanzminister darauf hin, daß unsere Finanzen an sich durchaus in Ordnung sind und eine nicht ungünstige Bilanz ergeben. — Weiter ist als wichtige Tatsache zu verzeichnen, daß der Konflikt zwischen dem Reichskanzler und Herrn Stegerwald, soweit dieser Konflikt rein persönlicher Natur war, beigelegt worden ist. Es ist das geschehen durch Erklärungen von beiden Seiten des Reichskanzlers und von Seiten des katholischen Lehrerverbands. Namentlich die Erklärung des Reichskanzlers fällt angenehm auf durch ihre Offenherzigkeit und Freundlichkeit. Daß sich Herr Stegerwald von der Erklärung befriedigt erklärt hat, war so nach vorauszuweisen. Die sachlichen Differenzen sind damit jedoch noch nicht aus der Welt geschafft. Die Tagung des Parteivorstands und Parteiausschusses am 28. Januar wird noch Stoff genug zur Beratung haben, und diese Beratungen werden sicherlich nicht einfach sein.

Die Rede des badischen Finanzministers Dr. Schmitt auf der Berliner Länderkonferenz

Der badische Finanzminister hob eingangs seiner Ausführungen hervor, daß die bestehende Verfassung des Reiches im Wesentlichen nicht geändert werden könne. Seine Vorschläge seien zum großen Teil nur als ein Provisorium zu betrachten und sollen gelten bis zu dem Zeitpunkt, in welchem der Dawesplan anders ausfiele. Finanzminister Dr. Schmitt wies nach, daß der Unitarismus nicht billiger ist als der Föderalismus, und daß jeder Maßstab fehle, um Vergleiche anzustellen.

Das Nebeneinander von Behörden könne auch im föderalistischen Staat beseitigt werden. Der badische Finanzminister betonte, daß gerade jetzt durch eine Vereinbarung zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem badischen Finanzministerium die Reichsbaubehörden am 1. Oktober 1927 in Baden beseitigt seien und die Reichsbauaufgaben in Baden den Landesbehörden übertragen wurden. Beide — Reich und Länder — sparen auf diese Weise. Weiter führte er aus, daß auch in einem unitarischen Reiche die Steuern in Baden nicht geringer werden würden. Das Steuervereinfachungsgesetz sehe nicht nach Steuerentlastung aus, und ein unitaristisches Deutschland gebe wohl für eine Reichsprovinz Baden nicht weniger aus, als im badischen Staatsvoranschlag ausgegeben werde.

Soweit eine Vereinheitlichung nötig sei, verlangte Dr. Schmitt, zunächst den Weg der Vereinbarung mit dem Reich oder zwischen den Ländern zu versuchen. Die Reichsgesetzgebung könne erst in Betracht kommen, wenn die Vereinbarung verfehle.

Der badische Finanzminister wandte sich dann gegen eine weitere Verbreiterung und Vergrößerung der staatlichen Aufgaben. Er verlangte einen weiteren Ausbau der Statistik, ohne welche ein Vergleich und eine Selbstkontrolle der Länder gar nicht möglich sei. Insbesondere forderte er eine einheitliche Budgetform, welche so verständlich gehalten werden müsse, daß sie auch der Laie verstehen kann. Als dauerndes Heilmittel zugunsten einer Finanzreform empfahl der Minister die Vermehrung des Verantwortungsgedankes beim Parlament, sowohl durch Verringerung der Zahl der Abgeordneten und der Mitglieder der Ausschüsse als auch durch die Einführung des Einerproporz, der mit großem Nachdruck in Baden verlangt werde, sowie durch Doppelmandate vom Reichs- und Landtagsabgeordneten. Die heutigen Reichstagsabgeordneten kennen die finanziellen Verhältnisse der Länder nicht mehr und können sie nicht kennen. Erst wenn wenigstens einige Abgeordnete des Reichstages auch wieder Landtagsabgeordnete wären, würde die notwendige Verbindung hergestellt.

Der Minister begründete dann den Satz: „Keine Ausgabe ohne Deckung“ und machte hierzu einen Gesetzesvorschlag. Nebenbei verlangte er auch, daß das Reichsfinanzministerium den Verteilungsschlüssel bei den Überweisungssteuern nicht zu oft ändere und noch weniger der Änderung Rückwirkung verleihe.

Mit großem Nachdruck verlangte Finanzminister Dr. Schmitt Einkommenssteuerzuschläge. Nur derjenige sei sparsam, der selbst auch für die Einnahmen zu sorgen habe. Das Verantwortungsgedankes würde nur gestärkt, wenn auf dem Rathaus und im Landtag die Verantwortung für die Ausgaben und Einnahmen in ein und derselben Hand liege. Es sei ein Fehler im ganzen System, wenn eine Körperschaft über Ausgaben beschliesse, über deren Deckung sie nichts zu befinden habe, da die Deckung durch Reichssteuerüberweisungen erfolge. Wenn diejenigen, die auf dem Rathaus oder im Landtag über die Regelung der Realsteuern befinden, auch gleichzeitig damit die Einkommenssteuerzuschläge erhöhen müßten, dann werde man viel sparsamer sein und auch die Realsteuern nicht mehr so sehr erhöhen. Heute erheben Länder und Gemeinden ihre Einkommenssteuern nicht mehr nach eigenem Bedürfnis, es richte sich vielmehr das Erträgnis an Einkommen- und Körperschaftsteuern nach den Ergebnissen eines starren Reichstarifes. Es ist bei dem heutigen System der Einkommenssteuerüberweisung möglich, daß ein Land oder eine Gemeinde mehr erhält, als sie braucht und bei eigener Einkommenssteuererhebung erheben würde oder müßte. Weil aber das Geld nach der Reichseinkommenssteuerüberweisung da sei, werde es auch verbraucht. Andere Länder dagegen erhalten weniger, als sie bei eigener Steuererhebung erheben müßten.

Finanzminister Dr. Schmitt empfahl ferner den mittleren Ländern und Gemeinden ein zweijähriges Budget. Die Zweijährigkeit sei eine der besten Sparquellen.

Der badische Finanzminister behandelte dann weiter die Frage, mit welchen Mitteln der Finanzminister seine ganze Autorität und seine ganze Person einsetzen könne, um gegenüber Beschlüssen des Kabinetts oder des Landtages die Ausgaben zu mindern. Das Rücktrittsrecht, oder die Androhung des Rücktritts hält er für keine geeignete Maßnahme, weil ja dann ein Wechsel in der Finanzleitung eintritt, was den Finanzen gewiß nicht förderlich sei. Dagegen verlangte er in anderer Hinsicht eine Verstärkung der Stellung des Finanzministers, sowohl gegenüber dem Kabinett als auch gegenüber dem Landtag. Wenn in Preußen oder im Reich der Finanzminister gegen eine Anforderung seiner Ministerkollegen Einspruch erhebt, so bleibt dieser Einspruch endgültig, wenn der betreffende Kabinettschef (preussischer Ministerpräsident, Reichskanzler) der Auffassung des Finanzministers beitrifft. Eine Überstimmung des Finanzministers durch einen Mehrheitsbeschluss des Kabinetts ist dann ausgeschlossen. Diese Regelung verlangt der badische Finanzminister auch für die übrigen Länderfinanzminister. Ein absolutes Veto, wie es der englische Schatzkanzler hat, wolle er für den Finanzminister nicht in Anspruch nehmen.

Vielleicht wäre auch die Frage zu prüfen, ob nicht das vorläufige Einspruchsrecht, wenn man es nicht so stark gestalten will, wie in Preußen und im Reich, doch wenigstens die Wirkung hätte, daß der Einspruch des Finanzministers nur durch einen qualifizierten Mehrheitsbeschluss des Kabinetts (zwei Drittel) abgelehnt werden kann. Dieser Einspruch bezieht sich allerdings nur auf den Fall, daß das Kabinett die Ausgaben höher gestalten will als der Finanzminister.

Ebenso verlangte Finanzminister Dr. Schmitt ein vorläufiges Einspruchsrecht entweder des Gesamtministeriums oder des Finanzministeriums allein gegenüber Beschlüssen des Landtages, durch welche der Landtag aus eigener Initiative die Ausgaben erhöhen oder die Einnahmeseite herabsetzen will. In all den Fällen soll der vorläufige Einspruch die Wirkung haben, daß wie das Gesamtministerium, so auch der Landtag den Einspruch des Finanzministers nur mit einer Zweidrittelmehrheit ablehnen kann.

Wenn aber dem Landesfinanzminister das Recht gegeben werden soll, vor dem Landtag Einspruch zu erheben und wenn sein Einspruch nur mit einer Zweidrittelmehrheit abgelehnt werden kann, so ist die notwendige Folge, daß ein Misstrauensvotum, welches sich gegen den Finanzminister allein richtet, derselben qualifizierten Zweidrittelmehrheit bedarf, denn andererseits könnte der Landtag, statt mit einer qualifizierten Mehrheit den Einspruch abzulehnen, mit einfacher Mehrheit dem Finanzminister sein Misstrauen aussprechen.

Zum Schluß begründete der badische Finanzminister noch seine Stellungnahme zu dem mechanischen Beamtenabbau (jede dritte freierwerdende Stelle) und führte aus, daß dieser mechanische Beamtenabbau so lange wirkungslos sei und sein müsse, als nicht mit ihm ein organischer Abbau von Aufgaben und Behörden erfolge.

Der deutsche Außenhandel im Dezember

Die Einfuhr im reinen Warenverkehr ist im Dezember gegenüber dem Vormonat um 33 Mill. Reichsmark zurückgegangen. Während die Rohstoffeinfuhr noch eine weitere Steigerung — um etwa 13 Mill. Reichsmark — aufweist, zeigte die Einfuhr an Lebensmitteln (um 22 Mill. Reichsmark) und fertigen Waren (um 20 Mill. Reichsmark) einen Rückgang. Bei der Ausfuhr ist dagegen eine Zunahme um 43 Mill. Reichsmark festzustellen. Daran sind alle Gruppen beteiligt, vor allem die Rohstoffe (mit 16 Mill. Reichsmark) und die Fertigwaren (mit 27 Mill. Reichsmark).

Im einzelnen ist folgendes zu berichten: Die Einfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren zeigt eine Zunahme um 12,9 Mill. Reichsmark. Die Textilrohstoffeinfuhr ist um 18,8 Mill. Reichsmark gestiegen (darunter Baumwolle um 10,8, Wolle um 8,0 Mill. Reichsmark); zugenommen hat ferner die Einfuhr an Kupfer, Mineralölen, Tabak, Mehl, Zinkergut u. a. m. Zurückgegangen ist dagegen die Einfuhr an Fellen und Pelzwerk, Ölfrüchten und Ölsaaten, Kautschuk, Eisenzeug und Tierfell. Die Einfuhr an Fertigwaren weist eine Abnahme um 20,0 Mill. Reichsmark auf. Daran sind die Textilfertigerwaren mit 7,7 Mill. Reichsmark, die Eisenwaren mit 7,6 und Maschinen mit 3,0 Mill. Reichsmark beteiligt.

Bei der Ausfuhr an Lebensmitteln und Getränken ergibt sich eine Zunahme um 1,0 Mill. Reichsmark. Die Ausfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren zeigt eine Zunahme um 15,5 Mill. Reichsmark. Daran sind hauptsächlich beteiligt schwefelhaltiges Ammoniak, Kalifalze, Kalbfelle und Rindshäute, Holzschiff und Zellstoff. Die Fertigwaren-Ausfuhr weist eine Zunahme um 26,7 Mill. Reichsmark auf. Die Ausfuhr an Textilfertigerwaren ist leicht (um 1,8 Mill. Reichsmark) zurückgegangen. Abnahme zeigt ferner die Ausfuhr an Wasserfahrzeugen, Pelzen und Pelzwaren, Kinderpielzeug und Schuhwerk. Zunahme ist dagegen festzustellen bei Eisenwaren und Holzwerkzeugen (um 11,3 Mill. Reichsmark), Maschinen (um 6,5 Mill. Reichsmark), chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen, Farben, Firnissen und Lacken, Kupferwaren, Büchern, elektrotechnischen Erzeugnissen, Filmen, Kautschukwaren, Papier und Papierwaren u. a. m.

In dem Lohnkonflikt in der mitteldeutschen Metallindustrie hat der Reichsarbeitsminister den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprüche vom 12. Januar 1928 nach Lage der Sache abgelehnt. Die Zentralstreikleitung in Halle erklärt heute Samstag an die Metallarbeiter Mitteldeutschlands einen Aufruf, in dem es heißt: „Nachdem sich die Verhandlungen zerschlagen haben, muß der Kampf weitergeführt und noch verschärft werden. Die Kollegen des Anhalter Gebietes, deren Abkündigungstrieb abgelaufen ist, stellen nunmehr ebenfalls die Arbeit ein, ebenso die Kollegen der Betriebe, die wir weiter für den Kampf ansersehen haben. Alles andere steht: „Gewehr bei Fuß!“

Amerika und die Reparationstrage

W.B. Washington, 21. Jan. (Tel.) Die Presse veröffentlichte eine Rede, die Schatzsekretär Mellon in Charlotte (Nord-Carolina) gehalten hat. Besondere Beachtung findet ein Satz in der Rede Mellons, der in der Übersetzung wörtlich lautet: „Die Nationen der Welt müssen wieder auf eine gesunde finanzielle Basis gestellt werden, damit der Produktionsüberschuß einen Exportmarkt findet.“ Man erblickt in dieser Wendung eine weitere Bestätigung für die Bestrebungen, zur Vermeidung einer Revision des Zolltarifs allmählich eine Revision in der Zollfrage anzubahnen, um durch eine Herabsetzung der deutschen Zahlungen an das Ausland die Notwendigkeit einer so starken Steigerung der deutschen Ausfuhr zum Fortfall zu bringen. Man ist sich jedoch, wie auch „Tribune“ zu den Besprechungen zwischen Pariser Gilbert und Poincaré aus Paris meldet, darüber einig, daß der Dawesplan nicht sofort aufgegeben werden dürfe, sondern daß ein oder zwei Normaljahre abgewartet werden müßten, bevor positive Maßnahmen zu einer Umgestaltung in der Reparationslage vorgeschlagen werden können.

Frankreich und Amerika

M. Berlin, 21. Jan. (Priv.-Tel.) Die französische Antwort an den amerikanischen Staatssekretär Kellogg ist nunmehr nach Washington zunächst an die dortige französische Botschaft geteilt worden. Wie aus Paris gemeldet wird, erklärt Frankreich darin zunächst, daß es den Antriegspakt nicht vorbehaltlos annehmen könne, so lange Amerika darauf bestche, daß andere Mächte beteiligt würden. Es wird dann eine kritische Definition des Begriffs Angriffskrieg gegeben und betont, daß Frankreich unbedingt am Völkerverbund und seinen Bündnissen festhalten müsse. Der freundschaftliche Ton darf nicht über die Ablehnung Frankreichs täuschen. Der Botschafter erhielt ferner Instruktionen, wie er die weiteren Verhandlungen zu führen hat. Das „Berl. Tagebl.“ bringt heute die Mitteilung, „aus Pariser diplomatischen Kreisen“, Frankreich arbeite an einer Einheitsfront gegen Amerika, in die es sämtliche europäische Großmächte und Japan einreihen möchte. Man lege dabei sehr große Bedeutung der Unterhaltung zwischen dem deutschen Botschafter in Paris, von Söeich, und Lord Crewe, dem dortigen englischen Botschafter, bei. — An Berliner zuständigen Stelle ist von einer solchen Unterhaltung zwischen den Botschaftern nichts bekannt.

Nochmals die Verträge mit Bayern

M. Berlin, 21. Jan. (Priv.-Tel.) Der „Vorwärts“ beschäftigt sich noch einmal mit dem angeblichen Geheimabkommen des Reichs mit Bayern. Wie wir dazu erfahren, ist kein Geheimvertrag abgeschlossen worden. Es wurde lediglich von einer Berufstätigkeit damals Abstand genommen. Wenn behauptet wird, daß eine Rückgabe der Liegenschaften an Bayern für den Fall vorgesehen ist, daß die Wehrverfassung einmal geändert und das Kontingent der Länder wieder hergestellt wird, so ist das tatsächlich darin enthalten, aber mit dem ausdrücklichen Zusatz, daß eine solche Änderung der Wehrverfassung nur auf verfassungsmäßigem Wege zulässig ist. Ferner erfahren wir von besonderer Seite dazu, daß man hauptsächlich dabei die Möglichkeit in Aussicht genommen hat, daß Bayern Liegenschaften, die es jetzt dem Reich gegeben hat, wieder ausnutzt, und umgekehrt auch zu anderen Zwecken, was nicht verspart werden soll.

Alle Parteien gegen das Kriegsschadensschlußgesetz

W.B. Berlin, 21. Jan. (Tel.) Im Reichstagsausschuß für Entschädigungsfragen wurde heute die Generalausrede über das Kriegsschadenschlußgesetz beendet. Die letzten Redner, Abg. Bayerhöbner von der Bayerischen Volkspartei und Abg. Oulzamer von der Wirtschaftlichen Vereinigung, erklärten in Übereinstimmung mit allen vorhergehenden Rednern, daß die Regierungsvorlage ganz unzureichend sei und nicht als Schlußgesetz gelten könne. Die Beschädigten müßten vielmehr die Möglichkeit behalten, bei günstiger Finanzlage des Reiches angemessener entschädigt zu werden. Am Dienstag wird sich die Regierung zu den Bedenken der Redner im Ausschuß äußern.

Entscheidung des Reichstagesamtes im Bankgewerbe

W.B. Berlin, 21. Jan. (Tel.) Zum Tarifstreit im Bankgewerbe teilt uns der Deutsche Bankbeamtenverein mit, daß am Freitag in später Nachtstunde die Entscheidung des Reichstagesamtes erging. Hiernach findet für die Wählung der Disziplinierungsausschüsse die Regelung des Reiches mit der Maßgabe Anwendung, daß durch den Abbau der Disziplinierungsausschüsse keine Verminderung der vor dem 1. März 1927 bezahlten Bezüge eintreten darf. Es wird also nur in ganz wenigen Fällen eine Abfindungssumme in Frage kommen, da seit dem 1. März 1927 eine 7 1/2-prozentige Gehaltssteigerung und am 1. Jan. 1928 die tariflichen Gehaltsvorrückungen im Bankgewerbe eingetreten sind.

Die Landwirtschaftshilfe des Reiches

Aber das Programm der Reichsregierung in der Frage der Landwirtschaftshilfe, das Reichernährungsminister Schiele heute Samstag im Haushaltsausschuß des Reichstages entwickelte, zeigt, wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ folgendes mitzuteilen: Der hauptsächlich durch Naturereignisse der letzten Jahre hervorgerufenen Notlage der Landwirtschaft soll dadurch Rechnung getragen werden, daß vornehmlich die drückende Schuldenlast durch Herabsetzung der Zinsen, längere Rückzahlungsrufen usw. erleichtert wird. In den Kreisen der Koalition ist man der Ansicht, daß eine solche Entschuldigungsaktion wirksamer ist, als etwa neue Zollerhöhungen, die sich im übrigen auch nicht in das allgemeine Zollbildungsprogramm der Regierung einfügen würden.

Dr. Birth in Paris. Reichskanzler a. D. Dr. Birth wurde Freitag nachmittag zusammen mit dem deutschen Botschafter in Paris, v. Söeich, vom Präsidenten der französischen Republik, Doumergue, in besonderer Audienz empfangen. Der polnische Staatsrat schließt mit einem Einnahmeüberschuß von 49 Millionen ab. Die Ausgaben beziffern sich auf 2476 Millionen.

Die Etatsdebatte im Reichstag

W.B. Berlin, 20. Jan. Am Regierungstisch u. a. Reichswehrminister Gröner. Ohne Aussprache werden zunächst in allen drei Lesungen angenommen das Abkommen über die vorläufige Regelung des Holzverkehrs aus Polen nach Deutschland und das Abkommen zwischen Deutschland und Finnland in der Unfallversicherung.

Dann trat das Haus in die allgemeine Aussprache über den Haushaltsplan für 1928 Reichskanzler Dr. Marx: Ich halte es für zweckmäßig, vor der allgemeinen Aussprache eine Erklärung zu der sogenannten

Rheobus-Angelegenheit

abgegeben. Die Ermittlungen des Reichsparlamentarischen Ausschusses haben ergeben, daß die von der Presse gemachten Angaben zu einem erheblichen Teil zutreffend sind. Weiter ist festgestellt, daß die Angriffe einer Zeit angehören, die weit hinter uns liegt und für die eine Verantwortlichkeit der gegenwärtigen Reichsregierung nicht besteht. Es hat sich ein Tatbestand ergeben, der von der Regierung auf das ernsteste mißbilligt wird. Es hat sich bestätigt, daß die Rheobus-Film-A.G. aus Mitteln des Reichswehrministeriums unterstützt worden ist, daß die Marine Aktien dieser Gesellschaft übernommen hat und daß zugunsten dieser Gesellschaft Bürgschaft für große Kredite geleistet worden ist. Die Kredite und die Aktienbeteiligung sind von Kapitän Lohmann eigenmächtig gegeben worden. Er wollte damit von der Filmgesellschaft die Überfremdungsgeschäfte abwenden, die tatsächlich bestand. Diese Dinge gingen auf das Jahr 1924 zurück. Die am 26. März 1926 geleistete Bürgschaft ist von dem damaligen Reichsfinanzminister, dem Wehrminister und vom Chef der Marineleitung gegengezeichnet worden, dagegen nicht vom damaligen Reichskanzler. Der Kredit der Rheobus-Film-A.G. ist nahezu zur Hälfte abgedeckt. Aber diese Bürgschaft hinaus hat aber Kapitän Lohmann der Rheobus-Film-A.G. weitere Bürgschaften in Höhe von 3,5 Millionen und 920 000 Reichsmark zu Lasten des Reiches gewährt. Es hat sich weiter bestätigt, daß Kapitän Lohmann 1,5 Millionen Aktien des Berliner Bankvereins im Jahre 1925 für das Wehrministerium erworben hat. Daraus ist dem Reich ein Verlust von 675 000 Reichsmark entstanden. (Hört, hört, links.) Mit weiteren Verlusten muß gerechnet werden. Die Mittel für diese Beteiligungen und Kredite entnahm Kapitän Lohmann aus dem Fonds für die Umwidlung des Krieges und seine Folgeerscheinungen. (Hört, hört.) Diese Mittel sind heute völlig ausgeschöpft. (Gelächter links und Aufse: „Sie sind verpulvert!“) Aus dem Haushalt sind keine Mittel zur Verfügung gestellt worden, aber die Verwendung der erwähnten Mittel war natürlich durchaus unzulässig. Zu beanstanden ist auch der Ankauf des Hauses Bülowufer 3, wenn es auch nicht soviel gekostet hat, wie in der Presse behauptet wird.

Die Verbindung mit der Rheobus-Film-A.G. ist abgebrochen bzw. liquidiert worden. Die Behauptung, daß Lohmann und andere aus Geheimfonds weitere Geschäfte gemacht haben, hat sich nicht erweisen lassen. Ich kann abschließen erklären, daß die ermittelten Tatsachen tief bedauerlich sind. (Recht. Zustimmung.) Darin ist das gesamte Kabinett mit mir einig, ebenso darin, daß eine Wiederholung derartiger Dinge unter allen Umständen ausgeschlossen sein muß. Um dies zu erreichen, ist die Einsetzung einer Kontrollkommission beschlossen worden, bestehend aus Vertretern des Wehrministeriums, des Reichsfinanzministeriums und des Rechnungshofes. (Zurufe: „Was wird mit Lohmann?“) Gegen Kapitän Lohmann ist seitens des Wehrministeriums ein Verfahren eingeleitet worden, das noch schwebt.

Abg. Severing (Soz.): Die Behauptung, daß der Etat für 1928 gesund sei, halte einer näheren Prüfung nicht stand. Es wäre Selbstbetrug, die Augen vor den unerfreulichen Erscheinungen auf den Arbeitsmärkten zu verschließen. Wer die Unternehmerwillkür vor die Interessen des Staates und der Wirtschaft stelle, für den gebe es nur die Antwort der Enteignung der Betriebe. Von der Länderkonferenz könne man sagen: Resolutionsart, aber nicht resolut! Man habe die Führung der Reichsregierung bei dieser Konferenz vermisst. Die Senation der Konferenz sei die Rede des württembergischen Staatspräsidenten Bazille gewesen. Würde ein Minister der Linken eine solche Rede gehalten haben, dann hätte es keinen Beschlußnationalen gegeben, der ihn nicht hochverräterischer Umtriebe geziehen hätte. Preußen habe immer nur ein Interesse gefasst: Deutschland zu schützen und zu stützen. Die wachsenden Differenzen zwischen Reich und Preußen fänden ihre Ursache zum großen Teil in der Person des Innenministers v. Reubell. Die Angriffe des Reichsbankpräsidenten auf die Gemeinden würden nachgerade zu einer Gefahr für das ganze Staatsleben. Der Redner wendet sich gegen jede Stärkung der Befugnisse des Reichsfinanzministers als eines Finanzdiktators. Den vom Reichstag beschlossenen Änderungen am Etat stimme er zu. Die für den Bankerzweiger erforderlichen Mittel würden in den nächsten Jahren unmöglich aufzubringen sein. Der Rheobus-Skandal werde im Ausschuß noch gründlich erörtert werden müssen. Zur Außenpolitik erklärt der Redner, daß die beste Grenzverteidigung Frankreichs der Friedenswille des deutschen Volkes sei, den demnach die Reichstagswahlen nachdrücklich erweisen würden. Der Redner erinnert an die 50. Wiederkehr des Tages des Inkrafttretens des Sozialistengesetzes und ruft den Deutschenationalen zu: „Sie, die auch die Urheber dieses Gesetzes waren, sterben aus, wir aber leben!“

Reichswehrminister Gröner nimmt dann das Wort zu der kurzen Erklärung, daß er die Angriffe des Korredners auf die Reichswehr nicht unüberprüft lassen könne. Er werde die Angaben sorgfältig prüfen und darauf zu gegebener Zeit antworten.

Abg. Wallraf (Dntl.) weist darauf hin, daß die Parteien der Linken alle Geschlechte der auswärtigen und inneren Politik auf den einfachen Kenner bringen, daß die Deutschenationalen schuld seien. Gerade die Erfahrungen mit Locarno und Thoiry zwingen uns zu der dringenden Forderung, keine deutschen Leistungen mehr gegen fremde Versprechungen zu geben. Die wichtigsten Aufgaben der Außenpolitik bleiben für die nächste Zeit die zähe Bekämpfung der Kriegsschuldlage, die Abklärung und eine Änderung des Dawesgesetzes, die den bisher gewährleisteten Schutz der deutschen Währung aufrechterhält. Auf dem Gebiete der Wirtschaft fordert der Redner in erster Linie Fürsorge für die Landwirtschaft. Wichtiger als der Einheitsstaat sei die Reichseinheit. Für einen freiwilligen Verzicht der Länder auf ihre Selbständigkeit werde der Weg zu ebnen sein. Was Preußen betreffe, so müsse unter allen Umständen das aufrechterhalten werden, was den guten alten Preußengeist ausmache: Einfachheit, Fleißigkeit und Ausdauer. Der Redner tritt für Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten und des Reichstages zur Erschwerung von Regierungserlassen ein. Gegenüber der Ausgabefreudigkeit der Parlamente müsse die Stellung des Finanzministers gestärkt werden. Die Haltung der Linksparteien sei erfüllt von schreiendsten Widersprüchen.

Abg. Thälmann (Komm.) weist auf die Herabsetzung der Mittel im Sozialetat hin. Es sei für den reaktionären Kurs der Regierung ebenso bezeichnend, wie die geringen Mittel für Kulturaufgaben. Der Redner wendet sich dann gegen die Verhältnisse im Reichswehrministerium und gegen die Justiz, die eine Bürgerblutgerichtsbarkeit (Kauf: Und in Ausland?). Ja, in Russland besteht eine revolutionäre Klassenjustiz des Proletariats (Große Heiterkeit).

Abg. v. Gräfe (Wöl.) meint, die Deutschen hätten noch immer nicht gemerkt, daß ihre Stellung in der Regierungskoalition der des armen Mädchens gleiche, das doch nicht geheiratet wird und kaum noch unter den Bräuten gegährt wird (Heiterkeit). Die Ehe dieser Koalition stehe schon vor dem Verfallschiff. Grüner gelte in Preußen noch immer als der alte General und Kampfgenosse Hindenburgs, obwohl er sich in einer Mentalität gar nicht von einem roten Gewerkschaftsleiter unterscheiden ließe.

Abg. Dr. Gremer (D. Sp.) sieht in den Ausführungen des Reichsfinanzministers über die Wirtschaftslage ein zu großes Maß von Optimismus. Es zeige sich jetzt schon deutlich ein Nachlassen der Konjunktur. Die Absatzschwierigkeiten würden sich im kommenden Jahre sicherlich vermehren. Das Ansehen der deutschen Wirtschaftslage sei ein äußerst bedrohliches Moment. Der Haushaltsbalanzier sei nur deshalb, weil eine ganze Menge Kosten erscheinen, die nur einmalige Einnahmen darstellen. Bei einer Verschlechterung der Konjunktur würde sich die im Etat enthaltene Schätzung des Steueraufkommens als zu hoch erweisen. Bedauerlich sei das langsame Tempo, in dem die Vorbereitung des Steuervereinfachungsgesetzes vor sich geht. Der vorjährige Finanzausgleich habe sich zugunsten der Länder, aber zum Schaden der Reichsfinanzen ausgewirkt. Der bayerische Finanzminister habe Ausführungen gemacht, die fast so gelungen haben, als wenn Bayern die Beteiligung an den deutschen Kriegskosten ablehnen müßte. Schon der jetzige Etat zeige alle Züge des Verfalls (Hört! Hört! links). Das Ergebnis der Länderkonferenz sei ein Begräbnis erster, zweiter oder dritter Klasse in einer Kommission. Die Freude an den geringen Ergebnissen werde einem noch vergällt durch Reden, wie sie vom württembergischen Staatspräsidenten Bagille und vom bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held gehalten wurden (Hört! Hört, links). Der negative Erfolg sei verschuldet dadurch, daß die Reichsregierung auf jede Prüfung in dieser Frage verzichtet habe. Das Streben des Volkes nach Vereinheitlichung des Reiches sei nicht zu verkennen. Der Widerstand gegen das einheitliche Deutschland sei von nationalen Standpunkt aus nicht zu rechtfertigen. Die Deutsche Volkspartei trete in den Kampf mit der Parole: Für Freiheit, Einheit und Einheitsstaat!

Am 18. Uhr wird die Weiterberatung auf Samstag 13 Uhr verlagert.

Der Aussenrat des Reichstages legte den Arbeitsplan bis Ostern fest. Der Reichstag wird mit einer Pause in der Fastenwoche vom 18. bis 26. Februar bis 31. März durchtagten, um den Etat zu erledigen. Nach der allgemeinen Aussprache über den Etat wird die Besprechung über die Anstaltsabteilung beendet werden.

Verwaltungsreform der Reichspost. Im Verwaltungsrat der Reichspost teilte der Reichspostminister mit, daß die seit mehreren Monaten im Gange befindlichen Reformarbeiten nunmehr zu einem gewissen Abschluß gelangt seien mit dem Ergebnis einer möglichst weitgehenden Dezentralisation des Reichspostministeriums und mit der Auswirkung des Abbaus von rund 22 Proz. der Referate und der übrigen Beamten des Reichspostministeriums. Ferner wird im Zusammenhang einer Entschloßung des Reichstages auf Scherabminde rung der Zahl der Oberpostdirektionen vorgeschlagen werden, 14 Oberpostdirektionen aufzuheben.

Die Mannschafstärke der englischen Infanterie-Bataillone. Der militärische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Einer nichtamtlichen Mitteilung zufolge wird die Mannschafstärke der territorialen Infanterie-Bataillone von 636 auf 600 vermindert werden. Endgültig steht fest, daß die regulären Bataillone um je eine Kompanie vermindert werden sollen. Dafür werden die zugehörigen Maschinengewehrkompanien vergrößert.

Eine militärische Aktion im Sudan. Im Nuer-Gebiet des Sudan sind gegenwärtig militärische Operationen im Gange, an denen auch ein englisches Flugzeugeschwader teilnimmt. Es handelt sich um zwei verschiedene Operationen, nämlich um die Verfolgung der Wörder des Hauptmanns Ferguson und um Operationen gegen zwei aufständische „Jauberer“. Es wird amtlich betont, daß es sich eher um eine Polizeimaßnahme als um eine militärische Unternehmung handelt.

Kurze Nachrichten

Der Reichspräsident empfing Freitag nachmittag den scheidenden Reichswehrminister Dr. Heßler in Abschiedsaudienz. Selbstmord eines Lübecker Senators. Der 60 Jahre alte sozialdemokratische Senator Hoff in Lübeck, verübte Selbstmord durch Erschießen. Als Grund der Tat wird in einem hinterlassenen Briefe die Furcht vor völliger Nervenzusammenbruch genannt.

Die Tschechoslowakei und der Vatikan. Der tschechoslowakische Minister hat den mit dem Papst vereinbarten modus vivendi genehmigt.

Die französischen Angestellten der Pariser Sowjetbotschaft. „Journal“ verzeichnet ein Gerücht, wonach der neue Sowjetbotschafter Dostalgewski die französischen Angestellten der Botschaft entlassen und lediglich russische Angestellten beschäftigen werde.

Vorausschätzlicher belgischer Kohlenarbeiterstreik. Wie der „Etoile Belge“ aus Mons meldet, muß auf den 1. Februar mit einem Kohlenarbeiterstreik gerechnet werden, da die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Anpassung der Löhne an die Lebenskosten ergebnislos zu verlaufen scheinen.

Der englische Admiral Robed †. Der englische Admiral Sir John Robed ist plötzlich gestorben. Robed war von 1922 bis 1924 Befehlshaber der atlantischen Flotte und von 1919 bis 1922 Befehlshaber der Flotte im Mitteländischen Meer. Im Jahre 1915 befehligte er die Flottenstreitkräfte in den Dardanellen.

Der neue lettische Außenminister. Im Kabinett Jaru-schewits wurde, wie aus Riga gemeldet wird, der Generalkonsul des Auswärtigen Amtes, Albats, zum Vertreter dieses Ministeriums ernannt.

Das norwegische Ministerium hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Der Führer der Bauernpartei, Mellbye wurde beauftragt, das neue Ministerium zu bilden.

Kommunistische Organisationen in Ungarn. Nach Blättermeldungen wurden in Ungarn kommunistische Organisationen aufgedeckt.

Badischer Teil

Tagung der badischen Polizeibeamten

D. Karlsruhe, 21. Jan.

Nachdem die bisherigen Verbände der badischen Polizeibereitschaften und der Staatspolizeibeamten Badens gestern abend in Einzeltagungen ihrer Auflösung zugestimmt haben, fand heute im „Löwenstern“ eine sehr stark besuchte außerordentliche Tagung des neugegründeten Einheitsverbandes der badischen Polizeibeamten statt, der als Vertreter der Regierung der Polizeireferent im Ministerium des Innern, Ministerialrat Dr. Bard, sowie Abgeordnete aller Parteien des Landtages mit Ausnahme der Kommunisten, beizwohnten. Ferner waren erschienen Polizeidirektor Hauser, Karlsruhe, Vertreter der Polizeioffiziere und der verwandten Verbände Bayerns, Württembergs und Hessens. Den Vorsitz der heutigen Verhandlungen führte Polizeikommissar Walter, Heidelberg.

Zunächst wurden einstimmig die Satzungen des Einheitsverbandes genehmigt, worauf der seitherige Vorsitzende des Verbandes der Staatspolizeibeamten, Polizeikommissar Schwarzwälder, Mannheim, das Ereignis würdigte, dabei an die Tatsache erinnernd, daß im Jahre 1912 am gleichen Tage und im gleichen Saale sich eine Reihe von Ortsgruppen erstmals zusammengefunden hat, um über die wirtschaftlichen Belange der Polizeibeamten zu beraten.

Alsdann erstattete der Verbandssekretär Schimmels, Mannheim, ein ausführliches Referat über die Forderungen der Polizeibeamtenschaft zur neuen Besoldungsordnung. Er ging dabei aus von dem vorläufigen Referentenentwurf, der große Erregung in die Reihen der Polizeibeamtenschaft gebracht habe. Es sei nirgends ein Ausweg zu finden für den im Vergleich zu der übrigen Beamtenschaft geleisteten Mehrdienst. Die Regierung habe noch nicht endgültig gesprochen. Es sei Pflicht der Organisationsvertreter, Regierung und Landtag rechtzeitig und mit aller Deutlichkeit auf die Gefahren einer ungenügenden Besoldung der Polizeibeamten, namentlich der unteren Gruppen, hinzuweisen. Der Redner besprach hierauf in einzelnen die in einer Denkschrift an die Regierung aufgestellten Forderungen. In die Polizeibeamtenschaft würden heute ganz andere Anforderungen gestellt als es früher der Fall war. Darum werde auch mit Recht eine höhere Bewertung ihrer Leistungen und eine bessere Besoldung verlangt. Beamten mit gleichem Dienst müßten in der gleichen Gruppe behandelt werden. Eine Bezahung der Schutzpolizei nach Gruppe 2 bis 4 könne keinesfalls die wünschenswerte Dienstfreudigkeit schaffen. Was der sächsische Landtag mit seiner Besoldung konnte, muß auch der badische Landtag können. Heute kämen in Baden nur etwa 20 Proz. über die Gruppe 5, und nur 8 Proz. über die Gruppe 6 hinaus. 80 Proz. seien darauf angewiesen, ihr Leben in den unteren Besoldungsgruppen zu verbringen. Der Redner bittet die Abgeordneten, unter allen Umständen bei den Gruppen 5 und 6 das Hauptaugenmerk auf die Verbesserung und Debung zu legen. Vor allem müsse als Eingangsstelle die Gruppe 5 festgelegt und die Aufstiegsmöglichkeit gesichert werden. Die Ausgaben für die Polizei bezeichnete der Redner als eine Prämie für die Sicherheit, Ruhe und Ordnung. Gerade für den Polizeiberuf brauche man tatkräftige, erfahrene und unbedingte Leute mit schneller Auffassung- und Entscheidungsfähigkeit. Man habe die Unzufriedenheit hinter die Pflicht zurückgestellt und immer treu auf diesem Boden gestanden in der Erwartung, daß die Volkvertretung diese Pflichterfüllung zur gegebenen Zeit anerkennen werde.

Die Reihe der Diskussionsreden eröffnete der Referent für die Abteilung Polizei im Deutschen Beamtensbund, Polizeirat a. D. Stiering, Berlin, der den Einheitsverband als den ersten Schritt zur grundlegenden Verwaltungsreform auf dem Gebiete der Polizei heralich begrüßte. In der Erwartung, daß nun bald auch die Einigung der gesamten deutschen Polizeibeamtenschaft folgen werde. Darauf sprach namens aller vertretenen Parteien des Landtages der Abg. Wolfhard. Er verboterte, daß der Landtag alles tun werde was in der finanziellen Möglichkeit des Staates liege, um die Polizeibeamtenschaft in der Dienstfreudigkeit zu erhalten. Der Besoldungsentwurf soll zusammen mit dem Finanzgesetz, also mit dem Staatsvoranschlag vorgelegt werden. Der Redner verknüpfte damit den Hinweis, auf die schwere Not der Eigenhaatlichkeit Badens. Der Etat müsse um ungefähr 50 Millionen zurückgedrückt werden, um einigermaßen einen Ausgleich zu schaffen. Daraus möge man die schwere Aufgabe der Volkvertretung erkennen und verstehen, daß man zu Einzelwünschen keine Stellung nehmen kann.

Ministerialrat Dr. Bard dankte für den Staatspräsidenten und alle staatlischen Stellen für die Einladung. Die Verhandlung sei ein Meilenstein und Wegweiser für die weitere Entwicklung der Polizei, wozu er den Einheitsverband begrüßte. Wir haben ein einheitliches Polizeibeamtengesetz geschaffen und so durchgeführt, daß seine Tendenzen gewahrt wurden. Einzelne Wünsche würden wohl in Erfüllung gehen, aber weitergehende Versprechungen wolle er, der Redner nicht machen. Es sei der Wunsch des Ministers, der noch kassierten Polizei eine moderne Unterkunft zu schaffen. Die badische Polizei sei immer bestrebt gewesen, eine soziale Polizei zu sein. Sie habe heute in der Bevölkerung eine andere Stellung und erfreue sich einer gewissen Liebe, die sie früher nicht hatte. Polizeimajor Weigand, Heidelberg, überbrachte die Glückwünsche der Polizeioffiziere, die innerlich mit der gesamten Polizeibeamtenschaft verbunden seien durch einen frisch-fröhlichen Polizeigeist. Auch er appellierte an den Landtag wegen Erfüllung der berechtigten Forderungen, besonders der unteren Gruppen.

Es sprachen noch Vertreter der Nachbarverbände, sowie die bisherigen Vorsitzenden des Verbandes der Polizeibereitschaften Wolfert, Heidelberg, und des Verbandes der Staatspolizeibeamten, Schwarzwälder, Mannheim, sowie ein Beauftragter der Genbatmerkmale. Damit war die Diskussion beendet und es trat eine Mittagspause ein.

Die Reblaus in Weingarten bei Durlach

D. Durlach, 21. Jan. Über eine hier abgehaltene Sitzung der Reblausbeobachtungskommission für das Markgräflerland unter dem Vorsitz des Oekonomierates Ries wird berichtet, daß letzterer die sehr interessante Mitteilung machte, daß in Weingarten bei Durlach, wo seinerzeit zahlreiche Reblausherde festgestellt wurden, nunmehr auch die Reblaus in den Teylorrebläusen, die bisher für immun gehalten worden waren, festgestellt wurde. Nicht nur die Bodenreblaus wurde gefunden, sondern auch die oberirdische, die sogenannte geflügelte Reblaus, die bisher nur im Elsaß beobachtet wurde. Hinsichtlich der Frage der Bekämpfungsmittel der Reblaus betonte Oekonomierat Ries, daß man vorläufig die Bekämpfungsmittel für die besten ansuchen könne, und zwar Kupfervitriol und Kalz sowie Nitolin für den Baum. Die Arbeit des Freiburger Weinbauinstituts fand in der Aussprache eingehende Würdigung.

Aus der Landeshauptstadt

Großes Presse- und Bühnenfest „Linte und Schminke“

Zur Frage der Kostümierung wird mitgeteilt: Zahlreiche Anfragen an die Festleitung machen von neuem ein paar kurze Mitteilungen nötig. Bei einer Anpassung an das Motto des Festes „Linte und Schminke“ kommen als Kostüme etwa in Frage: Tintenfah, Schminke, Kuderdose, Federhalter, Lippenstift, Annonce, Schere, Kleinfertopf, Zeitungsgente, Leitartikel, Farbenlecks, Tintenlecks, Perrücke, Mäse. Einige von Künstlerhand rasch skizzierte Entwürfe sind nachmittags im Zentralbüro der Festleitung, Karlsruherstraße 14, einzusehen. Was die Farben der Kostüme betrifft, so müssen sie hell oder schwarz und vielfarbig sein. Die Kostüme sind Scheinwerferlicht ausgesetzt. Keine Grundfarben behaupten sich da am besten. Viel leicht geben auch die Titel der einzelnen Räume noch manchen Wink. Der kleine Festhallsaal (Weinkabarett) heißt „Goldene Schminke“, der Apacheneller „Zum Lippenstift“, die Laubkolonie hat das Motto: „Wir brauchen keine Schminke und keine Linte, mir sin auch so scheene!“, hier kann man also auch vollständig kommen.

Von der Wohnbau-Ausstellung im Weiserfeld. Seit längerem ist die Baukunst bestrebt, eine neue zeitgemäße Wohnform zu finden, unter sängemäßer Verarbeitung neuer Materialien und Anwendung neuer Konstruktionen — wobei die äußere Umgestaltung in der Betrachtung vorläufig ausscheidet. Die Umsichtung zu klaren zeitgemäßen Wohnformen konnte sich indes noch nicht vollziehen, da sie selbst noch in voller Bewegung ist. Wohl empfinden wir, daß die Mängel der seit Jahrhunderten gebräuchlichen Wohnung zur Unrechtlosigkeit geworden sind — haben aber keine Vorstellung über die unserer Lebensart und wirtschaftlichen Verhältnisse angepassten Wohnreform. Eine Wohnkultur kann nicht von heute auf morgen erzwingen werden, wohl aber tragen praktische Wohnbeispiele viel zurklärung bei. Die vielumstrittene Stuttgarter Ausstellung hat trotz allem manche Anregungen gegeben. Es gilt weiter an praktischen Beispielen die neuen technischen Erfindungen des Wohnungsbaues — die zweckmäßigsten Wohnungseinrichtungen — Apparate und Heizungen zu zeigen. So erging eine öffentliche Einladung zur Besichtigung einer solchen fertiggestellten Pautengruppe im Weiserfeld der Bauingenieur Bau-H.G., wobei ein möbliertes Doppel-Wohnhaus an der Kniebisstraße gezeigt wird, das besondere Beachtung verdient. Das Ausstellungsobjekt veranschaulicht in der Grundidee das Einfamilienhaus unter Einführung einer Zweizimmerwohnung im Erdgeschoß mit dem Zweck, die Rentabilität aufs Höchstmögliche zu steigern. Beide Wohnungen sind vollkommen voneinander getrennt. Die Nebenräume zur Zweizimmerwohnung liegen im Untergeschoß. Bei geschlossener Abhänger erstreckt der dem Wohnzimmer gegen Süden zu vorgelagerte Ausbaubereich ein drittes Zimmer. Im ersten und zweiten Obergeschoß kommt der zweigeschossige Einfamilienhausgrundriß mit Verbindungstreppe innerhalb des Glasbalkons zur Verwirklichung. Auf relativ kleiner überbauter Grundfläche wurde zufolge dieser Anordnung das Höchstmögliche Maß von Wohnfläche erreicht. Der Wohnbau ist mit normalisierten großformatigen Bauelementen eigenen Systems erstellt worden. Sämtliche Decken sind eisenarmierte, schalldämpfende Hohlkörper-Rippdecken, ebenfalls eigener Konstruktion. Außer dem Dachstuhl kam keinerlei Holz zur Verarbeitung. Der Wohnhausbetrieb wurde durch Kubermachung aller technischen Neuerungen wie Gasheizung, Gas-Warmwasserbereitung für Küche, Bäder und Waschluge-Ventilator zum Waschtrocknen, Beleuchtung nach den Grundrissen und Forschungen der Lichttechnischen Gesellschaft, Karlsruhe, äußerst vereinfacht und verbessert. Das Haus soll veranschaulichen, daß bei zweckmäßiger Anwendung aller technischen Hilfsmittel es möglich ist, bei verhältnismäßig niedrigen finanziellen Aufwendungen, auch die Kleinwohnung der heutigen Lebensform anzupassen.

Gefängnis für mutwillige Alarmierung der Feuerwehr.

Das Schöffengericht Karlsruhe hat den 18-jährigen Hilfsarbeiter Walter Rief, der in Gesellschaft mehrerer anderer Burschen mutwillig an einem Feuermelder die Scheibe einschlug u. die Feuerwehr alarmierte, wegen der Sachbeschädigung zu 2 Wochen Gefängnis und wegen groben Unfugs zu vier Wochen Haft verurteilt. Der Staatsanwalt bezogmete die Tat als eine gemeingefährliche Lausbuberei und bemerzte u. a., daß die Feuerwehr in 50 Proz. aller Fälle mutwillig alarmiert werde.

Badisches Landesbühnenfest. II. Jugendkonzert.

Am morgigen Sonntag, wendet das badische Landesbühnenfest sich wiederum an die musikalische Jugend in einer Morgenfeier, die Werte von Schubert und Haydn zur Aufführung bringt. Zwar hat das erste Jugendkonzert vor einigen Wochen noch nicht den lebhaften Anflug gefunden, wie er eigentlich im Interesse des wertvoll erzieherischen Gedankens, der hinter derlei in allererster Linie unserer heranwachsenden Generation gewidmeten Veranstaltungen steht, erwünscht und zu erwarten gewesen wäre. Wenn nun abermals der Versuch gemacht wird, so geschieht dies aus der Erkenntnis der Notwendigkeit solch künstlerisch anregender und unendlich wichtiger Stunden. Die etwa einstündige Vortragssolge beginnt um 11 1/2 Uhr mit Schuberts H-moll-Sinfonie (der „Unvollendeten“). Als zweites Orchesterwerk bringt sie unter der Leitung von Kapellmeister Hubold Schwarz Haydns G-dur-Sinfonie (mit dem Rautenschlag). Dazwischen singt Magda Strad, begleitet am Flügel von Generalmusikdirektor Josef Krips einige Schubertlieder.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Hoher Druck bedeckt die Alpenländer und bringt unserem Gebiete Frühnebel. Aber den britischen Inseln liegt eine neue Depression, die sich jedoch nur langsam ostwärts verlagern wird. Voraussage für 22. Jan.: Weist trocken und zeitweilig aufheiternd, in den höheren Nachfröste, später etwas milder, südlige bis südwestliche Winde.

Bandel und Wirtschaft

Berliner Feinnotenotierungen

	21. Jan.	20. Jan.
Amsterdam 100 G.	169.16	169.50
Kopenhagen 100 Kr.	112.29	112.51
Italien 100 L.	22.18	22.22
London 1 Pfd.	20.432	20.472
New York 1 D.	4.1930	4.2010
Paris 100 Fr.	16.47	16.51
Schwiz 100 Fr.	80.755	80.915
Wien 100 Schilling	59.071	59.195
Prag 100 Kr.	12.427	12.447

Franz Haniel & Cie. G.m.b.H. Kaiserstraße 231 Fernruf 4854/56
Großhandel Kleinhandel
Erstklassige Ruhrkohlen, Koks, Briketts S. 30

